



LINKEstmk

<http://www.linkestmk.at/>

<http://www.linkewoche.at/>

FÜR EINE SOZIAL_GERECHTE GESELLSCHAFT

Demokratie geht ganz anders!

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Tag der Arbeit in arbeitslosen Zeiten

<http://www.amsel-org.info/>

1.Mai

<http://www.aktive-arbeitslose.at/>

Sinkende Löhne bei steigender Arbeitszeit

In den letzten 15 Jahren sind die inflationsbereinigten Löhne bei den niedrigen Einkommen (1.Quartil der LohnbezieherInnen) um fast 20% gesunken. Erst die besser entlohten, die LohnbezieherInnen des 3. Viertels haben es geschafft inflationsbereinigt die Kaufkraft zu erhalten (ca 102% der Löhne von 1995). Quelle: Statistik Austria.

Das bedeutet:

➔ Immer weniger Menschen können vom Arbeitslohn das Leben bestreiten.

Dabei nehmen ist zunehmend noch folgende Entwicklung zu bemerken:

➔ Immer weniger Menschen haben noch eine geregelte Arbeit.

➔ Immer mehr Menschen werden in die Langzeitarbeitslosigkeit gedrängt.

Her mit dem bedingungslosen Grundeinkommen!

Her mit der 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Es ist nicht genug Arbeit für alle da!

Das Recht auf Arbeit steht zwar in den Menschenrechten, aber die Politik nutzt dieses Recht nur für Wahlversprechen, die nicht gehalten werden.

Das Sozialsystem wird in einem großen Umverteilungsprozess von unten nach oben in Konzerngewinne umgewandelt.

Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer!

**Die Einkommensschere klafft immer weiter
auseinander**

Mieten, Lebensmittel werden teurer, aber die Löhne sinken

Wenn kein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wird, so ist die Wiedereinführung von geregelter Mietzins, von geregelter Brotpreis, von Pensionsdeckung auf Basis des Umlagesystems das Gebot der Stunde.

Wenn hier die Politik nicht bald gegensteuert, droht eine Verelendung der Menschen der unteren Viertel der Lohnempfänger trotz aufrechtem Arbeitsverhältnis.

Viele Langzeitarbeitslose werden jetzt schon an den Rand der Existenz gedrängt.

Die politischen Anzeichen sind dramatisch:

- ➔ Der angeblich starke Euro wird durch eine „Euroschwemme“ (1140 Mrd.) der EZB (Europäische Zentralbank, eine Institution völlig außerhalb parlamentarische Kontrolle) entwertet.
- ➔ Ziel ist dabei nicht das Wohl der Bevölkerung, sondern die Gewinnsicherung der Banken.
- ➔ Mario Draghi, Präsident der EZB, will eine Inflationsrate von 2 % in Europa haben. Es soll damit ein drohender Preisverfall (Deflation) entgegengewirkt werden.
- ➔ Für die Haftung dieser Geldschwemme ohne realen Gegenwert werden die Bevölkerungen durch die hohe Staatsverschuldung ungefragt in astronomisch hohe Schuldverpflichtungen gestürzt (siehe auch Hypo-Alpe-Adria).

Schluss mit der Politik der ungefragten Verschuldung! Dafür sind die Regierungen nicht legitimiert!

Wir fordern eine verbindliche Volksabstimmung, wenn Regierungen die Menschen verschulden wollen!

Dabei versickern die Gelder ohne volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Industrie wandert weiterhin ab in sogenannte Schwellenländer oder in die USA.

Investitionen werden auf anderen Kontinenten getätigt. Bei uns bleibt nur die Arbeitslosigkeit und die Plünderung des Sozialsystems.

Es ist nicht verständlich, dass der Staat, sein Recht auf Geldemission nicht nutzt, sondern statt dessen bei Privatinvestoren Geld gegen hohe Zinsen borgt!

Es ist nicht verständlich, dass die Kapitalrentiten garantiert werden und die ArbeitnehmerInnen Lohneinbrüche in beliebiger Höhe hinnehmen sollen.

Es ist nicht Verständlich, dass die Gewerkschaften gegen diese Vorgänge keine Kampfmaßnahmen ergreifen!